Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 13,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 327. **Freitag** den 23. November 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die nächste Neujahrsmesse beginnt mit dem 2. Januar 1884 und endigt mit dem 15. Januar 1884.

Eine sogen. **Vorwoche,** d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe hat die Neujahrsmesse **nicht.**

Jede **frühere Eröffnung,** sowie jedes längere Offenhalten der Meßlocale in den Häusern, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird außer der **sofortigen Schließung** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Leipzig, am 26. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Nach §. 12 des mit dem 1. Januar 1884 in Kraft tretenden neuen **Droschkenregulativs** haben von diesem Tage an sämmtliche Droschkenführer und zwar auch die als solche derzeit bereits fungirenden einen vom unterzeichneten Polizeiamte auszustellenden **Fahrschein** im Dienste bei sich zu führen.

Behufs Feststellung der in diese Fahrscheine aufzunehmenden Personalien werden die Droschkenführer hierdurch veranlaßt, sich **persönlich** und zwar die Führer der Droschken

Nr. 1—100 am 24. November dieses Jahres,
" 101—200 " 26. " " "
" 201—300 " 27. " " "
" 301—400 " 28. " " "
" 401—500 " 29. " " "

an Polizeiamtsstelle während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zu melden.

Wegen Aushändigung der Fahrscheine selbst, sowie der Regulative, der in den Wagen anzubringenden Tarife und der in §. 6 sub g. gedachten Flüchen, welche Gegenstände den Concessionaren das erste Mal unentgeltlich von hier aus verabfolgt werden, wird später weitere Bekanntmachung erfolgen.

Die Proben für die **Wagenlaternen und die Wagennummern** liegen schon von jetzt ab zur Ansicht bei uns aus.

Leipzig, den 17. November 1883.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mühlner.

Korbweidenauction.

Montag, den 26. November cr. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Connewitz**
ca. 1380 Bund einjährige und
200 Bund dreijährige **Weiden** (Bandstöcke)
unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** nach dem Zuschlage an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden. **Zusammenkunft:** am Streitteiche.

Leipzig, am 17. November 1883.

Des Raths Forstdeputation.

Gesucht

Emil Carl Günther **Pabst,** Schuhmacher, geboren am 3. October 1856 in Arnstadt, welcher zur Fürsorge für seinen in Waisenpflege befindlichen Sohn Karl Hermann aufzufordern ist.

Leipzig, den 19. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Hdn.

Gesucht

die ledige, im Januar 1860 hier geborene **Therese Hulda Schiffmann,** welche zur Fürsorge für ihr Kind anzuhalten ist.

Leipzig, den 20. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Mr.

Nichtamtlicher Theil.

Die Ankunft des deutschen Kronprinzen in Spanien.

Max Nordau erklärt in seinem jüngst erschienenen Buche über die „conventionellen Lügen der Culturmenschheit" die Volksthümlichkeit der Fürsten für eine Folge des Gesetzes der Vererbung, es trete darin das „Massenbewußtsein der Menschen" zur Erscheinung. Auf den deutschen Kronprinzen angewendet, erhält diese kühne Behauptung Nordau's eine eigenthümliche Beleuchtung. Hiernach würde das sogenannte „Massenbewußtsein" diesem Fürsten gegenüber nicht nur einem sehr großen Theil des deutschen Volkes, sondern auch des italienischen und spanischen Volkes erfaßt haben, denn alle diese Völker wetteifern in Sympathiebezeigungen für den deutschen Kronprinzen. Wir haben eine andere Erklärung für die Volksthümlichkeit dieses Fürsten, wir glauben, daß sie das nothwendige Ergebniß seiner Handlungsweise ist, welche er in seinem ganzen Leben geübt hat, des Ernstes, mit welchem er die Pflichten seines hohen, verantwortungsschweren Berufes stets erfüllt hat, der herzgewinnenden Art, in welcher er seine persönlichen Eigenschaften im Verkehr mit Allen ohne Unterschied des Standes und Ranges mit unbefangener Natürlichkeit zur Geltung bringt, endlich des musterhaften Familienlebens, welches er zur Erhöhung der eignen Wohlfahrt und zur Heranbildung einer in jeder Beziehung tüchtigen Nachkommenschaft vor Aller Augen entfaltet. Das sind die in der ganzen Welt bekannten Ursachen, auf welchen die Volksthümlichkeit des deutschen Kronprinzen beruht und welche auch vom Auslande anerkannt und gewürdigt werden.

In Spanien ist man von denselben Empfindungen beherrscht wie in Italien, der Empfang in Valencia, der alterthümlichen Stadt des Cid, entsprach dem, welchen Genova la Superba dem Kronprinzen bereitet hatte. Ein Festartikel des in Valencia erscheinenden Journals „Las provincias" sprach es aus, was die Franzosen nicht Wort haben wollen, daß der Besuch des Kronprinzen nicht allein dem König und seiner Familie, sondern auch Spanien gelte und daß es eine Pflicht der Höflichkeit sei, dem Vertreter einer großen Nation einen festlichen Empfang zu bereiten. Sogar das Organ der französischen Regierung faselte von einem unausfüllbaren Abgrund, welcher durch den Besuch des Prinzen zwischen den Völkern und den Dynastien gerissen würde. Dieser Abgrund besteht nur in der fieberhaft erregten Einbildungskraft der Franzosen, in Wirklichkeit stimmen Fürsten und Völker der Länder, durch welche der Weg des deutschen Kronprinzen führt, in der herzlichen Gesinnung überein, welche sie Diesem entgegenbringen.

Aus der Spannung, mit welcher die Nachrichten aus Italien und Spanien in der deutschen Heimath verfolgt werden, läßt sich erkennen, welchen Antheil das deutsche Volk an dem Verlaufe der Reise nimmt. Das Nordauche „Massenbewußtsein" ist bei uns so stark, daß neben der Reise des deutschen Kronprinzen alles Andere weit in den Hintergrund tritt. Der erste Blick des deutschen Zeitungslesers sucht heute nach der Rubrik, wo die Telegramme aus Spanien zu finden sind, und die Depesche aus Valencia vom 21. November 4 Uhr 50 Minuten, welche das Sichtbarwerden des deutschen Geschwaders meldete, hat gewiß im ganzen deutschen Reiche das Gefühl der Freude darüber erregt, daß die Fahrt glücklich und ohne jeden Zwischenfall zurückgelegt worden ist. Noch nie zuvor ist die Wiedereröffnung des preußischen Landtages so unbemerkt und fast spurlos an den Wählern vorübergegangen, die Mittheilungen der Thronrede wurden von der großen Mehrzahl der Leser nur überflogen, man nahm vielleicht mit Befriedigung davon Kenntniß, daß die Finanzlage günstig ist, acceptirte die in Aussicht gestellten Erleichterungen für die unteren Steuerclassen und verschob die Beschäftigung mit dem Gedanken an neue indirecte Reichssteuern auf eine gelegenere Zeit, aber dann flogen die Gedanken wieder nach Spanien und der Zeitungsleser folgte mit gespannter Aufmerksamkeit dem Verlauf der Festlichkeiten beim Empfang in Valencia wie er aus den Telegrammen ersichtlich war.

Die spanische Reise des deutschen Kronprinzen ist ein vollgiltiger Beweis für den bestimmenden mächtigen Einfluß, welchen das Deutsche Reich in ganz Europa ausübt, freiwillig wird dieser Einfluß von allen Völkern anerkannt, ohne prahlende Zurüstungen von deutscher Seite, ohne übermüthiges Hervorkehren des Machtbewußtseins. Und diese Empfindung kann sich um so leichter und ungehinderter Bahn brechen, weil allen Völkern, die mit dem Deutschen in Friede und Eintracht leben, das Bewußtsein innewohnt, daß ihnen von dieser Seite keine Gefahr droht, daß sie dagegen Schutz gegen Vergewaltigung und feindliche Angriffe zu gewärtigen haben. Neid und Mißgunst finden keinen Boden, weil das deutsche Reich trotz seiner allgemein bekannten Machtfülle nichts will, als die eigene friedliche Entwickelung und die seiner Nachbarn. Das ist es, was den Franzosen so großen Aerger bereitet, was sie nicht ertragen können, und deshalb setzen sie Himmel und Erde in Bewegung, um die Völker eines Anderen zu belehren, den Samen des Mißtrauens und des Hasses gegen Deutschland ihnen ins Herz zu senken.

Generallieutenant v. Los, der Ueberbringer des Schreibens, welches den Besuch des Kronprinzen in Madrid ankündigte, der deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms-Sonnenwalde, und General Blanco waren bereits am Dienstag zum Empfang des Kronprinzen in Valencia eingetroffen und das spanische Geschwader unter Admiral Bulla mit den Fregatten „Victoria", „Numancia", „Carmen" und „Lealtad" und dem Aviso „Castador" war am Mittwoch von Carthagena in See gegangen, um bei der Ankunft des deutschen Geschwaders in Valencia den Gruß der spanischen Flotte entgegenzusenden. An festlichen Vorbereitungen hat es nicht gefehlt, so daß die Landung sich zu einem ebenso glänzenden Schauspiel gestalten mußte, wie die Ankunft und Abfahrt in Genua. Die Gesammtstimmung ist durch den bisherigen Verlauf der Kronprinzenreise auch in Spanien eine so gehobene, daß es schwer sein würde, ein Seitenstück für das Ereigniß zu finden, welches sich in Spanien jetzt vollzieht. Die einzige Vergleichung, auf welche man unwillkürlich immer von Neuem verwiesen wird, ist die Rückkehr des Königs Alfons von Paris am 2. October und mit dieser ergänzt sich der Besuch des Kronprinzen, denn nur darum wurde dieser so beschleunigt und mit dem höchsten Pomp ins Werk gesetzt, um dem Könige von Spanien die deutsche Freundschaft vor aller Welt laut zu bekennen und ihn durch die deutsche Aufmerksamkeit für die Beleidigungen Frankreichs zu entschädigen. Dieser Zweck wird in so überraschend glänzender Weise erreicht, daß die Franzosen tief beschämt das Antlitz bergen müßten, wenn diese Nation es nicht seit langer Zeit verlernt hätte sich zu schämen. Wenigstens wird es außerhalb Frankreichs nur Wenige geben, welche in dasselbe Horn stoßen, wie der größte Theil der französischen Presse, wohlgemerkt nicht blos die obscure Boulevardpresse, wie größere Blätter so gern vorwenden, wenn ihnen vor der eigenen Taktlosigkeit beginnt unheimlich zu werden.

Leipzig, 23. November 1883.

* Wie die „Post" meldet, gedenkt Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz sich von Spanien nicht nach Portugal zu begeben, sondern nach bisherigen Dispositionen auf demselben Wege nach Deutschland zurückzukehren. Wenngleich die Reise nach Spanien nicht erst jetzt geplant, sondern im Princip schon bei der Anwesenheit des Königs von Spanien in Homburg beschlossen war, so hat man es als ein besonderes Gebot erachtet, dem König Alfons nach den Vorgängen in Paris durch schleunige Erwiderung seines Besuches deutlich auszusprechen, daß deutscherseits an der Befestigung der guten Beziehungen mit Spanien, wenn noch all den Beweisen der neuen Zeit noch eine Vermehrung zulässig, viel gelegen ist. Nichts desto weniger ist zur Abreise des Kronprinzen der Moment gewählt, an dem gewisse Gereiztheiten und Unebenheiten zwischen Spanien und Frankreich geebnet waren. Es entspricht jedoch dem Zweck der Sendung, daß die Aufmerksamkeit und Erwiederung des Besuches auf Spanien beschränkt bleibt. Die Beziehungen zu Portugal sind nach wie vor deutscherseits die herzlichsten und ist es wahrscheinlich, daß der Kronprinz von Portugal, der es in Homburg verstanden hat, die Sympathien persönlich in hohem Grade zu erwecken, anfangs December auf seiner Rückreise von England durch Spanien in Madrid mit dem Kronprinzen des deutschen Reichs zusammen kommen wird.

* Zur Thronrede, mit welcher die Session des preußischen Landtages eröffnet worden ist, äußert die „Provinzial-Correspondenz" sich in folgender Weise:

Für die Besserung der Verhältnisse, welche unser wirthschaftliches Leben bestimmen, liegt ein neues unverdächtiges Zeugniß vor. Bei Eröffnung der vorjährigen Landtagssession konnte zwar im Hinblick insbesondere auf den günstigen Ausfall der damaligen Ernte die Hoffnung auf eine fortschreitende Entwickelung des Wohlstandes ausgesprochen werden. Gleichwohl bedurfte es zur Deckung der Staatsausgaben der Inanspruchnahme außerordentlicher Hilfsmittel und der Benutzung des Staatscredits. Die diesmalige Thronrede hat von einer günstigeren Gestaltung der Finanzlage des Staates, von Herabsetzung der Matricularumlagen und von einer Steigerung des Ertrages der indirecten Steuern zu berichten gehabt, welche das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder hergestellt hat. Obgleich der Ausfall der Ernte hinter den gehegten Erwartungen vielfach zurückgeblieben ist, braucht kein Rückgang in der Besserung der Verhältnisse befürchtet zu werden, und stehen gesteigerte Erträgnisse der meisten eigenen Einnahmequellen des Staates in Aussicht.

Diese Ergebnisse und die erst vor wenigen Tagen öffentlich beigebrachten Belege dafür, daß der Aufschwung der Industrie auch in anderen Theilen des Vaterlandes ein fühlbarer ist, und daß der Gesammtzustand eines der gewerbreichsten Staaten des Vaterlandes als befriedigend bezeichnet werden kann, lassen Erörterungen über den Einfluß der neueren Wirthschaftsgesetzgebung auf die deutsche gewerbliche Entwickelung gegenstandslos erscheinen. Wo die Thatsachen so laut und verständlich reden, wie im vorliegenden Falle, und wo die von den Regierungen gewonnenen Eindrücke nur die Wahrnehmungen bestätigen, welche von beamteten und unbeamteten Beobachtern längst im Einzelnen gemacht worden waren, da braucht der verneinende Einfluß eigensinnig festgehaltener Schulmeinungen nicht gefürchtet zu werden. Mit Befriedigung wird sowohl im Lande als außerhalb der Grenzen desselben davon Act genommen werden, daß die auf einem Aufschwung des Wirthschaftslebens der Nation gerichteten Hoffnungen sich ebenso erfüllt haben, wie die Erwartungen, welche an die Erweiterung des nunmehr seinem Abschluß entgegengehenden preußischen Staatsbahnsystems geknüpft worden waren. Daß die Ueberschüsse des letzten abgeschlossenen Wirthschaftsjahres vornehmlich den Ergebnissen der Staatsbahnverwaltung zu danken seien, wird in der Thronrede mit einem Nachdruck hervorgehoben, der die besondere Beachtung der öffentlichen Meinung verdient und der Aufmerksamkeit derselben nicht entgehen wird.

Die Thronrede wird aber noch in anderer Rücksicht zur Befestigung des öffentlichen Vertrauens beitragen. Von den äußeren Verhältnissen des Staates wird in einem kurzen, aber eben wegen seiner Kürze gewichtigen Worte gehandelt. „Unter dem Schutz gesicherter, friedlicher Verhältnisse", so heißt es, „wird der Landtag seine Arbeiten wieder aufnehmen". — Einer neuen Gewähr für die Friedlichkeit der von der Staatsregierung verfolgten Politik hätte es nicht bedurft. Desto größer wird die Befriedigung darüber sein, daß den Absichten dieser Politik der Erfolg nicht versagt geblieben ist, und daß der gesteigerte Verkehr mit gekrönten Häuptern und leitenden Staatsmännern des Auslandes, in welchem dieselbe zum Ausdruck gekommen ist, dazu beigetragen hat, die Segnungen des Friedens gesichert erscheinen zu lassen.

Von dem Bilde der inneren und äußeren Lage, welches die Thronrede entwirft, läßt sich erwarten, daß es dazu beitragen werde, das Vertrauen des Volkes zu der Staatsregierung und zu der von dieser verfolgten Politik zu befestigen und die Bereitschaft der Volksvertreter zu hingebender Inangriffnahme der parlamentarischen Arbeiten zu erhöhen. Ist doch zu allen Zeiten das Bewußtsein erfolgreich geübter Thätigkeit der stärkste Sporn für weitere Aufmunterung derjenigen Kräfte gewesen, die der Förderung des Gemeinwohls zugewendet sind. Die Beschaffenheit der Aufgaben, um deren Lösung es sich zunächst handelt, hat zudem mit sich gebracht, daß der Arbeit der parlamentarischen Körperschaften die Aufmerksamkeit der weitesten Volkskreise in besonderem Maße zugewendet sein wird.

Einer besonderen Aufhäufung dieser Aufgaben kann es für uns nicht bedürfen, nachdem von derselben bereits bei anderer Gelegenheit ausführlich gehandelt worden ist. Das in Mitten der glücklich überwundenen Periode wirthschaftlicher Stockung ins Auge gefaßte Ziel einer fortschreitenden Besserung und Erleichterung der Lage der ärmeren Classen soll unter wesentlich erleichterten Bedingungen weiter verfolgt werden. Die unter dem Eindruck und auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 begonnene Arbeit der Reichsgesetzgebung für die wirthschaftliche Sicherung dieser Classen bedarf der Ergänzung durch Verminderung der auf denselben drückenden Staats- und Communallasten. Was in dieser Beziehung geschehen ist, kann nur als gedeihlicher Anfang bezeichnet werden, mit dessen Fortführung nicht gezögert werden darf. Die durch die Thronrede bezeugte Besserung der wirthschaftlichen Lage enthält eine Mahnung zu gewissenhafter und energischer Ausnutzung der Gunst der Verhältnisse, von der sich hoffen läßt, daß sie nicht übersehen werden werde.

Möchte das Bewußtsein der hohen Bedeutung des zu erreichenden Ziels und des engen Zusammenhangs, welcher zwischen der Steuerreform und der auf die Ausgleichung der socialen Gegensätze gerichteten Staatsthätigkeit besteht, dazu beitragen, daß die in den Zeitverhältnissen liegenden günstigen Momente nicht ungenutzt bleiben, und daß das Vertrauen gerechtfertigt werde, mit welchem die Thronrede die Volksvertretung zu einträchtigem Zusammenwirken mit der Staatsregierung eingeladen hat.

* * *

* Die Eröffnung des czechischen National-Theaters in Prag gestaltete sich zu einer förmlich großslavischen Kundgebung. Gelegentlich des Festbankets, zu dem Vertreter sämmtlicher slavischer Stämme Oesterreichs und des Auslandes erschienen waren, brachte Dr. Rieger den ersten Toast aus und hielt eine längere Rede auf das Gedeihen der czechischen Wissenschaft und Kunst, die durch die vom Kaiser Franz Josef gewährte Gleichberechtigung, welche „jetzt anders als früher geübt werde," einer schönen Zukunft entgegengehen. Alsdann ergriff der czechische Theater-Intendant Skarda das Wort und toastete auf das czechische Volk, das stets für Freiheit und Toleranz eingetreten sei, wie es die Geschichte thatsächlich beweise. Der Bürgermeister-Stellvertreter Walisch brachte ein „Hoch" auf die fremden Gäste aus, worauf unter stürmischem Beifall der Stadt-Präsident von Krakau, Dr. Weigl, in polnischer Sprache antwortete. Dann sprach der Theater-Director Mandowitsch aus Agram kroatisch, der Ruthenenführer Romanczuk ruthenisch, der Slowake Hurlean slowakisch und Graf Arthur Potocki polnisch. Dieser hob namentlich die Verdienste der czechischen Presse hervor, in deren Namen Professor Jerzabek dankte. Beglückwünschungs-Telegramme haben gesendet: die Akademie der Wissenschaften in Krakau, die Redactionen der „Gazeta Narodowa", der „Prawda", des „Kuryer Poznanski", Staatsrath Katkow, das Redactionspersonal der „Moskowskija Wjedomosti", die Fürstin Elisabeth Galitzyn, der bulgarische Verein in Sofia mit Stojanoff an der Spitze und viele andere slavische Vereine Oesterreichs und des Auslandes. Der Festvorstellung des czechischen Dramas „Salomena" wohnten der Statthalter und viele Mitglieder des böhmischen Adels bei. Die fremden Festgäste wurden in den Straßen vom Volk mit stürmischen Slavarufen begrüßt.

* Die Stadt Kopenhagen ist bisher neben der Großgrundbesitzer-Partei die stärkste Stütze des Ministeriums Estrup gewesen. Da ihre Bürger vor wenigen Jahrzehnten noch sich durch ihre liberale Gesinnung auszeichneten, so ist es nicht möglich, ihre politische Haltung während der letzten Jahre durch ihre Sympathien für den Absolutismus zu erklären. Es ist vielmehr wahrscheinlicher, daß sie nur durch die Besorgniß zur Regierungspartei geführt seien, es werde, wenn die aus dem kleineren und mittleren Grundbesitz des Landes hervorgegangene Opposition zu Einfluß gelange, die Bevorzugung ein Ende nehmen, welche die Interessen der Hauptstadt von den meisten Ministerien erfahren haben. Diese Besorgniß scheint jetzt im Schwinden begriffen zu sein. In den letzten Wahlfeldzügen wurde schon, freilich nur von einer Minderheit, die Ansicht vertreten, daß unter dem Verfassungsconflict auch die Interessen der Hauptstadt litten. Dafür, daß diese Ansicht immer mehr Anhänger gewinne und auch das Interesse Kopenhagens einen Ministerwechsel erheische, spricht die Gründung eines liberalen Wahlvereins, welche am 17. November im Hinblick auf die im Jahre 1884 bevorstehenden allgemeinen Wahlen erfolgt ist. Derselbe hat an die Bürger der Hauptstadt folgenden Aufruf gerichtet:

Der gegenwärtige politische Zustand unseres Vaterlandes muß jeden Patrioten mit Sorge erfüllen. Der Jahre lang fortgesetzte Kampf zwischen Regierung und Folkething hat nach und nach zu solcher Erbitterung geführt, daß die Gesetzgebung vollständig still steht. Viele nothwendige Reformen auf politischem wie auf socialem Gebiet unterbleiben und das Volksleben wird gezwungen, sich in Formen zu bewegen, die seiner naturgemäßen Entwickelung nicht mehr entsprechen. Und die Folgen des langen Conflicts stellen sich immer augenscheinlicher ein: Wahrheitsverdrehungen, Verfolgungssucht, Angeberei und Classenhaß breiten sich immer weiter aus und fügen der öffentlichen Moral unersetzlichen Schaden zu. Selbst die Regierung muß dies einräumen; wenn sie sich aber auf die conservativen Interessen beruft, um derentwillen der Kampf fortgesetzt und der Majorität des Volkes Widerstand geleistet werden müsse, so übersieht sie, daß es gerade die Achtung vor den conservativen Elementen in unserm Verfassungsleben ist, welche man bei dem Volke untergräbt, wenn man durch willkürliche Verfassungsinterpretationen die Grundlage seines Rechtsbewußtseins erschüttert. Dagegen kennen wir Unterzeichneter, die wir in normalen Verhältnissen verschiedenen Parteirichtungen angehören, nur ein Mittel. Wir glauben nämlich nur auf dem Wege wieder zu einer harmonischen, fruchtbaren Entwickelung gelangen zu können, daß unsere Verfassung wieder in dem freisinnigen Geiste interpretirt wird, in welchem sie erlassen wurde und in dem sie die große Majorität des dänischen Volkes auffaßt. Wir haben deshalb beschlossen, den „Kopenhagener liberalen Wählerverein" zu bilden. Unser Ziel ist, dahin zu wirken, daß die Kopenhagener Repräsentantenwahlen von einem freisinnigen Geiste zeugen, und in der Hoffnung, daß unsere Stadt nach so langer politischer Lethargie ihre berühmten Traditionen vom Jahre 1848 wieder aufnehmen wird, fordern wir unsere Mitbürger auf, dem neuen Vereine beizutreten.

Der Aufruf trägt die Unterschriften von 203 angesehenen Männern aus allen Kreisen der Gesellschaft. Von seinem Erfolge hängt das Schicksal des Ministeriums Estrup ab.

* Der französische Gesandte bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Senator Arago, weilt seit einigen Tagen in Paris. Der dortige Correspondent des Berner „Bund" vermuthete, dieser Aufenthalt habe unter Anderm den Zweck, die von der französischen Regierung in der Savoyen-Neutralitätsfrage einzunehmende Haltung festzustellen. Er besuchte daher am 16. November Herrn Arago, um etwas Näheres von ihm zu erfahren. Arago versicherte jedoch, daß sein Aufenthalt in Paris mit der Savoyer Frage in keiner Beziehung stehe, weil die Studien, denen sich der Bundesrath über diese Frage unterzogen, noch zu keiner amtlichen Vernehmlassung geführt hätten. Persönlich erklärte sich Herr Arago davon überzeugt, daß eine freundschaftliche Lösung ohne fremde Einmischung möglich sei und stattfinden werde. Als Ausgangspunkt sei zu betrachten, daß die strategisch wichtigen Punkte des neutralisirten Gebietes im Kriegsfall unter allen Umständen, sei es von Frankreich, sei es von der Schweiz, besetzt werden müßten, daß daher entweder die Schweiz die Verpflichtung übernehmen müsse, Hochsavoyen im Kriegsfall unbedingt zu besetzen, oder aber auf das ihr vertragsmäßig eingeräumte facultative Besetzungsrecht zu Gunsten Frankreichs verzichten soll. Ein Vorschlag der Schweiz, der auf eine größere oder geringere Gebietsabtretung Frankreichs an die Schweiz abzielte, würde nach Herrn Arago's Meinung in Frankreich auf unübersteigliche Schwierigkeiten stoßen. Der „Bund" fügt seinerseits dieser Mittheilung hinzu, daß der schweizerische Gesandte in Paris, Herr Lardy, seit vorigem Freitag in der Bundesstadt weilt, um über die Savoyer Frage mit dem Bundesrath zu conferiren. Am vorigen Sonnabend habe letzterer der Angelegenheit eine längere Sitzung gewidmet.

* Mit dem französisch-russischen „Bündniß" ist es vorläufig zu Ende. Zu dieser Ueberzeugung sind nämlich die Pariser Blätter im Hinblick auf den Besuch gelangt, welchen Herr von Giers dem Fürsten Bismarck auf Friedrichsruh gemacht hat. Dieser Besuch ist selbstverständlich gar nicht nach dem Geschmacke der Franzosen, aber der „National" tröstet bereits seine Landsleute mit der scharfsinnigen Entdeckung, daß „im Grunde der russische Staatsmann gar keine politische Bedeutung besitze". Es ist wirklich ganz unglaublich, was die Pariser Blätter Alles zu behaupten wagen, wenn es sich darum handelt, die aussichtslosen äußeren Beziehungen der französischen Republik zu leugnen. Man höre nur, was der „National" über Herrn v. Giers weiter schreibt. „Selbst wenn Herr v. Giers weniger mittelmäßig wäre als er es ist", heißt es in dem republikanischen Blatte, „so darf man doch keinen Augenblick vergessen, daß ihm jede persönliche Initiative auf dem Gebiete der internationalen Politik verboten ist. Fürst Gortschakow war eine weit mächtigere Persönlichkeit als sein gewesener „Gehilfe" und doch ließ Alexander II. keine Gelegenheit vorüber gehen, ohne zu erklären, daß die Leitung der auswärtigen Politik des Kaiserreiches dem Monarchen und nur diesem allein zukomme. Deshalb sei es ganz und gar unnütz, sich mit den Tendenzen oder persönlichen Zu- und Abneigungen des Herrn v. Giers zu beschäftigen, die gar nichts zu bedeuten hätten. Wenn er der Träger einer Botschaft sei, so sei er eben nur der Träger; eine andere Wichtigkeit besitze er nicht. Was er dem Fürsten Bismarck auf Friedrichsruh überbrachte, das seien die Friedensversicherungen und freundschaftlichen Proteste des Kaisers Alexander III., Versicherungen und Proteste, die Europa schon lange gekannt habe, bevor nach Herr v. Giers das Bedürfniß empfand, „seine kranke Tochter zu sehen". Man betont, Herr v. Giers habe sich nach Berlin begeben und werde Wien besuchen, um die beiden Kaiser über die Absichten Rußlands zu beruhigen und die Ordnung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zu erleichtern. Jede Veränderung würde ihn zwingen, eine Entscheidung zu